

16.08.2018 – PM 59/2018

Weniger Baugenehmigungen

IG BAU fordert verstärkte Förderung von günstigen Wohnungen

Frankfurt am Main - Die Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt (IG BAU) fordert stärkere Anstrengungen der Politik, den Wohnungsmangel zu beheben. „Haushalte mit mittleren und niedrigen Einkommen finden immer schwerer eine bezahlbare Wohnung. Der Wohnungsmangel wird zum dringendsten sozialen Problem in Deutschland. Das hat die Politik zwar inzwischen erkannt, handelt aber nicht danach, wie die aktuellen Baugenehmigungszahlen des Statistischen Bundesamts zeigen. Statt schöner Worte brauchen wir mehr Geld für den Bau von Sozialwohnungen und bezahlbarem Wohnraum“, sagte der IG BAU-Bundesvorsitzende Robert Feiger. „Diese Förderung muss langfristig angelegt sein, damit sie wirken kann. Investoren brauchen ebenso Planungssicherheit wie Baubetriebe. Die kann es aber nur bei einer verstärkten Förderung von bezahlbaren Wohnungen geben.“

Das Statistische Bundesamt hat heute (für die Red.: Donnerstag, 16. August 2018) die Halbjahresbilanz zu den Baugenehmigungen vorgelegt. Danach sind in den ersten sechs Monaten dieses Jahres insgesamt 0,6 Prozent weniger Wohnungen genehmigt worden als im gleichen Zeitraum 2017. Bei den Einfamilienhäusern betrug das Minus 1,6 Prozent. „Fehlendes Bauland ist ebenfalls ein entscheidendes Hemmnis für den Wohnungsbau. Spekulanten verknappen Grund und Boden zulasten der Wohnungssuchenden. Diesem Treiben muss die Politik einen Riegel vorschieben“, sagte Feiger. Für den Rückgang der Genehmigungen bei Einfamilienhäusern sieht der IG BAU-Chef noch einen weiteren Grund: „Bereits bei den Verhandlungen zur Jamaika-Koalition war eine Eigenheimförderung im Gespräch, die die Groko nun als Baukindergeld umsetzt. Es ist nachvollziehbar, dass viele bauwillige Familien dessen Einführung abwarten wollten.“